



Stadt Eschweiler  
Der Bürgermeister  
40 Schulen, Sport und Kultur

Vorlagen-Nummer

**331/13**

1

# Sitzungsvorlage

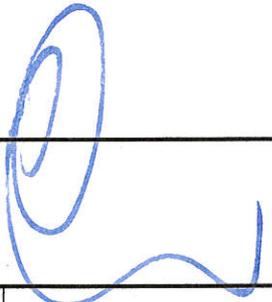
Datum: 29.10.2013

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Beschlussfassung	Schulausschuss	öffentlich	27.11.2013	
2. Kenntnisgabe	Jugendhilfeausschuss	öffentlich	19.11.2013	
3.				
4.				

**KidS-Projekt in Eschweiler - Kommunalpolitik in die Schulen;**  
**hier : Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.01.2013**

## Beschlussentwurf:

Allen Schülerinnen und Schülern der 10. Jahrgangsstufen der Eschweiler weiterführenden Schulen wird die Gelegenheit eingeräumt, beginnend im 1. Halbjahr 2014, an einem jährlich max. 4-6 Wochen dauernden im Sachverhalt dieser Verwaltungsvorlage näher beschriebenen Projekt (KidS-Projekt) teilzunehmen, mit dem Ziel, ihnen durch Verwaltung und Begleitung von Ratsmitgliedern Einblick in die Kommunalpolitik zu gewähren.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften  	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
<b>Abstimmungsergebnis</b>		<b>Abstimmungsergebnis</b>	
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Enthaltung	

## Sachverhalt

Mit dem als **Anlage 1** beigefügten Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.01.2013, wurde beantragt den nachfolgend zitierten Antrag zur Vorberatung auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des Schul- und Jugendhilfeausschusses und zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen: „Der Rat der Stadt Eschweiler bittet die weiterführenden Schulen in Eschweiler, das Projekt „Kommunalpolitik in die Schulen (KidS)“ im kommenden Schuljahr für die 10. Jahrgangsstufen in ihr Schulprogramm aufzunehmen.“ Hinsichtlich der weiteren Begründung sei auf den Antrag verwiesen.

Ausweislich § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und des Bürgermeisters ist der Schulausschuss zuständig für Angelegenheiten des Schulwesens, so dass seitens der Verwaltung keine Entscheidungsnotwendigkeit für den Stadtrat gesehen wurde und ein Beschlussvorschlag für den Schulausschuss nach Vorberatung im ebenfalls thematisch betroffenen Jugendhilfeausschuss formuliert wurde.

Die Entscheidung über eine Aufnahme von Projekten in Schulprogramme der Schulen obliegt gem. § 65 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 Schulgesetz (SchulG) NRW einzig und allein der Schulkonferenz, so dass der Schulträger dazu keine rechtsverbindlichen Beschlüsse fassen kann. Ungeachtet dessen könnte das Projekt seitens des Schulträgers den Schulen auf freiwilliger Basis zur Teilnahme angeboten werden. Daher wurden seitens der Verwaltung zunächst einmal alle Schulleitungen der weiterführenden Schulen in Eschweiler (städtische und private Schulen) mit einer 10. Jahrgangsstufe um Stellungnahme gebeten, ob seitens der Schulen Interesse an einer Teilnahme an einem derartigen Projekt besteht.

Um was geht es konkret?

In Anlehnung an den politischen Antrag, der beispielsweise in Osnabrück oder in Rheine umgesetzt wurde, wurde das Projekt im Anschreiben der Verwaltung an die Schulen wie folgt beschrieben:

*„Im KidS-Projekt sollen Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufen für 4-6 Wochen die Gelegenheit haben, einen Einblick in die Kommunalpolitik zu bekommen, indem sie einem Ratsmitglied bei der Ausübung seiner kommunalpolitischen Aufgaben über die Schulter schauen. Dies dürfte gerade mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen interessante Einblicke in die Tätigkeit der Kommunalpolitiker geben.“*

*Die Ratsmitglieder, die freiwillig am Projekt teilnehmen, sollen dabei als Mentoren fungieren. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, den Schülern einen Einblick in die Kommunalpolitik unserer Stadt zu geben und inhaltliche Zusammenhänge ihrer Arbeit zu erläutern. Die Mentoren sollen den Schülern Vorschläge darüber machen, welche Termine zur Teilnahme sich hierfür besonders gut eignen.*

*Die Veranstaltungen liegen dabei ausschließlich in den späten Nachmittags- oder frühen Abendstunden, sodass die Jugendlichen hierfür ebenso wie die Kommunalpolitiker ihre Freizeit „opfern“ müssen.*

*Sowohl die Mentoren als auch die Schüler sollen die Zusammenarbeit in eigener Verantwortung gestalten und durch die Fraktionen und die Stadtverwaltung unterstützt werden. Hierzu sollte es eine gemeinsame Einführungsveranstaltung aller beteiligten Mentoren und Schüler geben.*

*Neben den Veranstaltungen mit den Ratsmitgliedern könnten sich innerhalb der jeweiligen Ratsfraktionen „KidS-Ratsfraktionen“ bilden, welche zunächst intern jugendpolitische Themen beraten.*

*Die Idee dahinter, den direkten Kontakt zur praktischen Arbeit des Rates und der Ausschüsse herzustellen, soll auch partizipierende Effekte bei den Teilnehmern haben. Die Schulen, von denen die Projektteilnehmer kommen, werden gebeten, den Schülern nach Beendigung des Projektes Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungen in ihrer Klasse/Jahrgangsstufe oder einem geeigneten Kurs vorzustellen, damit die Projektteilnehmer auch als Multiplikatoren wirken können. Die organisatorische Begleitung des Projektes soll dabei durch die Fraktionen und die Verwaltung der Stadt Eschweiler erfolgen.*

Welche Einzelfragen im Mittelpunkt des Projektes stehen, ist dem beigefügten Infoblatt (Seite 3 des als Anlage 1 beigefügten Antrags) zu entnehmen.

In vielen Städten und Gemeinden – wie z.B. in Osnabrück – ist das Projekt auf positive Resonanz gestoßen.

Sehr geehrte Schulleiterinnen und Schulleiter,  
da die Schülerinnen und Schüler nur über Sie bzw. die Schulen zu erreichen sind, darf ich Sie um Rückmeldung bitten, ob Sie bereit sind, das Projekt Ihren Schülerinnen und Schülern anzubieten. Sobald Sie durch die Klassenlehrer bzw. Jahrgangsstufenleiter feststellen lassen haben, ob und welche Schüler an einer Teilnahme interessiert sind, bitte ich um entsprechende Rückmeldung und ggf. um Benennung einer Kontaktperson (Lehrers).“

Auf diese Anfrage hin meldeten folgende Schulen Interesse an:

1. Bischöfliche Liebfrauenschule
2. Städt. Gymnasium
3. Städt. Realschule Patternhof und
4. Waldschule – städt. Gesamtschule Eschweiler –
5. GHS Stadtmitte

Seitens des kommissarischen Schulleiters der Liebfrauenschule wurde die als **Anlage 2** beigefügte Stellungnahme eingereicht, aus der die konkreten Bedingungen hervorgehen, die für eine Bereitschaft der Liebfrauenschule zur Projektteilnahme zwingende Voraussetzungen sein müssten, nämlich:

- a) Die Schülerinnen und Schüler werden von wechselnden Ratsmitgliedern betreut, damit keine einseitige parteipolitische Einflussnahme erfolgt
- b) Der zeitliche Aufwand sollte 2-3 Stunden pro Woche nicht überschreiten
- c) Für das Projekt darf kein Unterricht ausfallen; eine Freistellung erfolgt allenfalls nur im äußersten Notfall durch die Schulleitung

Dieser Argumentation schlossen sich voll inhaltlich auch die Realschule, die Gesamtschule und die GHS Stadtmitte an, wobei die Gesamtschule bereits konkret 12 Schülerinnen und Schüler der Jgst. 10 namentlich benannten, die an einer Teilnahme interessiert seien und auch bereits die Mitarbeit in konkreten Fraktionen wünschten.

Das städt. Gymnasium benannte ebenfalls konkret 11 Schülerinnen und Schüler der Jgst. 10 namentlich, die von ihrem Oberstufenkoordinator Herrn F. Borghans genannt wurden. Seine Stellungnahme zu den von der Liebfrauenschule geäußerten Bedenken und Bedingungen ist als **Anlage 3** beigefügt und unterstützt inhaltlich die Stellungnahme der Liebfrauenschule.

Die GHS Stadtmitte hat sich aufgrund der baumaßnahmenbedingten Belastung bis zur angegebenen Frist bzw. zur Erstellung der Verwaltungsvorlage nicht in der Lage gesehen, die Schüler/innen und Klassenlehrer/innen der 10. Jahrgangsstufen konkret zu befragen. Die Schulleiterin teilte allerdings in den Herbstferien mit, dass sie davon ausgehe, dass max. 6 Schüler der GHS Interesse bekunden würden und sprach sich dafür aus, allen Zehntklässlern der Schule die Teilnahme anzubieten.

Da das Schulgesetz und die Dienstordnung für Lehrer an öffentlichen Schulen bereits eine parteipolitische Einflussnahme verbietet, wäre die Hospitation bei Ratsmitgliedern verschiedener politischer Gruppierungen sicherlich dienlich und würde den Schülern einen vielseitigeren Einblick in die Kommunalpolitik verschaffen und dem möglicherweise ansonsten bestehenden Risiko der einseitigen politischen Einflussnahme entgegenwirken. Allerdings stellt sich in der Praxis die Frage, wie mit Schülerinnen und Schülern umzugehen ist, die sich ausdrücklich für ein Praktikum bei einer bestimmten Partei bzw. bei Ratsmitgliedern einer bestimmten Fraktion bereiterklären, weil sie vielleicht auch selbst bereits Parteimitglied sind. Daher schlägt die Verwaltung vor, den interessierten Schülerinnen und Schülern das vorgeschlagene Rotationsprinzip auf freiwilliger Basis anzubieten, aber nicht als zwingende Voraussetzung bzw. Rahmenbedingung festzulegen.

Insbesondere mit Blick auf das gerade durch die Einführung des G8-Systems reduzierte Freizeitvolumen der Schülerinnen und Schüler ist die vorgeschlagene zeitliche Begrenzung des wöchentlichen zeitlichen Aufwands nachvollziehbar sowie der Grundtenor, dass schulische Verpflichtungen, die durchaus auch mal nachmittags gegeben sein können, Vorrang haben müssen.

Die Verwaltung schlägt vor, die interessierten Jugendlichen in Begleitung ihrer Lehrer und Mentoren zunächst in einer Art Einführungsveranstaltung von einer Dauer von max. 90 Minuten seitens der Verwaltung über das Projekt und die Grundzüge des Kommunalrechts zu informieren. Je nach Anzahl der insgesamt gemeldeten Schülerinnen und Schüler würden mehrere Veranstaltungen terminiert, so dass pro Veranstaltung ca. 10 – 12 Schüler teilnehmen, um auch eine bessere Möglichkeit zu schaffen, in den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern treten zu können.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Schülerinnen und Schülern – gerne auch in Begleitung der Lehrer und Mentoren - ein Gespräch mit dem Bürgermeister anzubieten, der über seine Arbeit und über die Aufgaben der Verwaltung berichten könnte.

Unabhängig davon ist vorgesehen, dass jede Fraktion/Einzelvertreter der im Rat vertretenen Parteien der Verwaltung konkrete Ansprechpartner benennt, die sich als Mentoren oder Paten für die Schülerinnen und Schüler **in der Zeit vom 10.3.14 (nach Karneval) bis 11.4.14 (Osterferienbeginn 12.4.14)** – das sind 5 Wochen - zur Verfügung stellen.

Jede Fraktion/EV im Rat benennt der Verwaltung dazu bis zum Jahresende 2013 namentlich Rats- oder Fraktionsmitglieder, die sich als Paten für die Schülerinnen und Schüler im o.a. Zeitraum in 2014 zur Verfügung stellen. Darüber hinaus teilen die einzelnen Fraktionen bis dahin der Verwaltung mit, welche Anzahl an Schülern je Ratsmitglied max. betreut werden kann.

Neben den der Verwaltung gekannten Sitzungsterminen an Rats- und Ausschusssitzungen, deren öffentlicher Teil den Jugendlichen zum Besuch offen steht, soll den Jugendlichen auch die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Mentoren zu individuellen kommunalpolitisch begründeten Terminen zu begleiten. Dazu werden die teilnehmenden Ratsmitglieder gebeten – soweit schon bekannt – der Verwaltung bis zum Jahresende ihre individuellen konkreten Terminpläne mit Terminen für den maßgeblichen Zeitraum, an denen die Schülerinnen und Schüler teilnehmen können, mitzuteilen. Dabei sollte angegeben werden, ob vielleicht auch manche Termine von Schülergruppen wahrgenommen werden können. Die konkrete Zuordnung der Schülerinnen und Schüler auf die Ratsmitglieder erfolgt dann im Januar 2014 über die Schulen.

Den Schülerinnen und Schülern sollte nach Möglichkeit auch seitens der Verwaltung nach vorheriger Abstimmung mit den Fraktionen die Teilnahme an Fraktionssitzungen angeboten werden, soweit die Öffentlichkeit zugelassen ist.

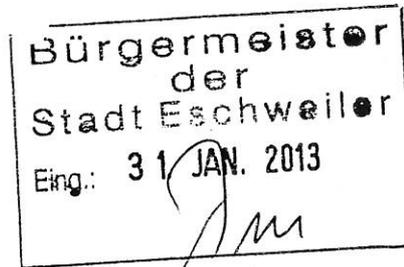
Nach Abschluss des Projekts würde dann seitens der Verwaltung eine Evaluation des Projekts durchgeführt mit dem Ziel, den Projektablauf im nächsten Jahr ggf. zu optimieren.

#### **Haushaltsrechtliche Betrachtung:**

Da die Veranstaltungen für die Schüler im Rahmen der Arbeitszeit der Verwaltungsmitarbeiter stattfinden könnte bzw. über die bestehende interne Gleitzeitregelung kostenneutral zu regulieren wäre, ergeben sich durch die Umsetzung des Projektes keine haushaltsrelevanten Auswirkungen.

#### **ANLAGEN**

Anlage 1



An  
Stadt Eschweiler  
Bürgermeister Rudi Bertram  
Johannes-Rau-Platz 1  
52249 Eschweiler

SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Eschweiler

Johannes-Rau-Platz 1  
52249 Eschweiler

Telefon 02403 / 71 - 408  
Telefax 02403 / 71 - 514

spd-fraktion@eschweiler.de  
www.spd-eschweiler.de

Sparkasse Aachen  
Konto-Nr. 2250306  
BLZ 390 500 00

1. Eingezogen  
2. IIRF/40

Kopie 6. 51

Eschweiler, 30.01.2013

## KidS-Projekt in Eschweiler – Kommunalpolitik in die Schulen

Antrag der SPD Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

die SDP-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag zur Vorberatung auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des Schul- und Jugendhilfeausschusses und zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

### Antrag

Der Rat der Stadt Eschweiler bittet die weiterführenden Schulen in Eschweiler, das Projekt "Kommunalpolitik in die Schulen" (KidS) im kommenden Schuljahr für die 10. Jahrgangsstufe in ihr Schulprogramm aufzunehmen.

### Begründung

In der öffentlichen Diskussion wird die Kommunalpolitik immer wieder als der politische Bereich bezeichnet, in dem demokratische Werte unmittelbar erfahrbar sind.

Im KidS- Projekt sollen Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe für 4 bis 6 Wochen die Gelegenheit haben, einen Einblick in die Kommunalpolitik zu bekommen, indem sie einem Ratsmitglied bei der Ausübung seiner kommunalpolitischen Aufgaben über die Schulter schauen.

- 1 -

Vorsitzender:  
Leo Gehlen  
Am Steinacker 9  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 / 54401

Geschäftsführerin:  
Nicole Dickmeis  
Pützlohner Straße 4  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 / 979855



In vielen Städten und Gemeinden ist das Projekt auf eine positive Resonanz gestoßen - u. a. in Osnabrück, wo dieses Projekt seit dem Jahr 2001 erfolgreich durchgeführt wird.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Eschweiler, die freiwillig am Projekt teilnehmen, sollen als Mentoren fungieren. Ihre Aufgabe besteht darin, den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die Kommunalpolitik unserer Stadt zu geben und inhaltliche Zusammenhänge ihrer Arbeit zu erläutern. Die Mentoren sollen den Schülerinnen und Schülern Vorschläge darüber machen, welche Termine zur Teilnahme sich hierfür besonders gut eignen.

Die Veranstaltungen liegen dabei ausschließlich in den späten Nachmittags- oder frühen Abendstunden, sodass die Jugendlichen hierfür ebenso wie die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ihre Freizeit "opfern" müssen.

Sowohl die Mentoren als auch die Schülerinnen und Schüler gestalten die Zusammenarbeit in eigener Verantwortung und werden durch die Fraktionen und die Stadtverwaltung unterstützt.

Hierzu sollte es eine gemeinsame Einführungsveranstaltung aller beteiligten Mentoren und Schüler geben, in der über die Arbeit des Rates im Allgemeinen und das Projekt im Besonderen informiert wird.

Neben den Veranstaltungen mit den Ratsmitgliedern können sich innerhalb der jeweiligen Ratsfraktionen "KidS- Ratsfraktionen" bilden, welche zunächst intern jugendpolitische Themen beraten, um diese am Ende des Projektes in einer "KidS- Ratssitzung" unter Zusammenkunft aller KidS-Ratsfraktionen zu beraten und in Beschlüssen zusammenfließen zu lassen. Anträge, welche in der KidS-Ratssitzung mit mehrheitlichem Beschluss gefasst wurden, sollen im Anschluss an das Projekt in den entsprechenden Fachausschüssen des Rates der Stadt Eschweiler beraten werden.

Die Idee dahinter, den direkten Kontakt zur praktischen Arbeit des Rates und der Ausschüsse herzustellen, hat auch partizipierende Effekte bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Die Schulen, von denen die Projektteilnehmer und Teilnehmerinnen kommen, werden gebeten, den Schülerinnen und Schülern nach Beendigung des Projektes Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungen in ihrer Klasse vorzustellen, damit die Projektteilnehmer und -teilnehmerinnen auch als Multiplikatoren wirken können. Die organisatorische Begleitung des Projektes soll dabei durch die Ratsfraktionen und die Verwaltung der Stadt Eschweiler erfolgen.

Leo Gehlen

Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Leo Gehlen', is written over the printed name and title.

- 2 -

Vorsitzender:

Leo Gehlen  
Am Steinacker 9  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 / 54401

Geschäftsführerin:

Nicole Dickmeis  
Pützlohner Straße 4  
52249 Eschweiler  
Telefon: 02403 / 979855



Anlage

**Informationen zum KidS-Projekt in der Stadt Osnabrück<sup>1</sup>**

*Worum geht es? In aller Kürze.<sup>2</sup>*

Etwa zweimal jährlich laden Rat und Verwaltung Zehntklässler aller Osnabrücker Schulen dazu ein, in einem 6 bis 8-wöchige „Polit-Praktikum“ - nach Schulschluss – den Alltag eines Stadtratsmitglieds zu erleben.

Insbesondere die Beantwortung folgender Fragen steht im Mittelpunkt des Projektes:

- Wie gelingt es Beruf, Privatleben und Politik unter einen Hut zu bringen?
- Welche Art von Sitzungen besucht ein Mandatsträger?
  - Wie bringt er sich dort ein?
- Wie viele Termine hat er insgesamt?
- Welche Unterlagen muss er lesen und wie bereitet er sich auf Termine und Sitzungen vor?
- Wie unterschiedlich stellen sich die Parteien und Fraktionen dar?
- Wie sieht das Innenleben vom Rat bis zu den Ausschüssen, von Beiräten bis zu Bürgerversammlungen, von Parteisitzungen bis zu Bürgergesprächen eigentlich aus?
- Sind Politiker tatsächlich so wirklichkeitsfern, wie kritische Stimmen es immer wieder gerne behaupten?
- Welche Möglichkeiten hat ein junger Mensch eigentlich ganz persönlich, sich politisch zu engagieren?

---

<sup>1</sup> <http://www.osnabrueck.de/64297.asp>

<sup>2</sup> Passagen z. T. wörtlich übernommen aus: Heiko Schulze und Rolf Wortmann (Hrsg.): Spaß an kommunaler Politik entdecken. Das Osnabrücker „KidS-Projekt“ - ein Lehrbeispiel gegen Politikverdrossenheit. Vechta, 2009.

## ANLAGE 2

>>> "Bert Schopen (BLS)" <b.schopen@bls-eschweiler.de> 9/13/2013 2:08 >>>  
Sehr geehrte Frau Seeger,

herzlichen Dank für die Vorstellung des KidS-Projektes. Hierzu einige Anmerkungen/Anregungen/Fragen:

Ich halte es grundsätzlich für gut, Jugendlichen Einblick in die (Kommunal-)Politik zu gewähren, und dies geht vermutlich am besten im Erleben der praktischen Arbeit. Ob dies zum Abbau der Politikverdrossenheit beitragen wird, sei einmal dahingestellt.

Eine Festschreibung des Projekts in unserem Schulprogramm halte ich allerdings für ausgeschlossen und weiß auch nicht, ob öffentliche Schulen gut beraten sind, dies zu tun. Schule sollte meiner Meinung nach nicht permanent als Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Entwicklungen erhalten müssen und darf erst recht nicht parteipolitischen Interessen dienen!

In Letzterem sehe ich eine große Gefahr, wenn das Projekt so durchgeführt wird, wie beschrieben. Sehen die Schüler/innen über mehrere Wochen nur einem Ratsmitglied über die Schultern, ist - selbst bei bestem Willen - eine parteipolitische Färbung kaum zu vermeiden. Dies dürfte ich als Schulleiter nicht unterstützen! Eventuell könnte hier eine Struktur, bei der ein Schüler abwechselnd bzw. nacheinander mehreren Ratsmitgliedern unterschiedlicher Parteien über die Schulter schaut, für etwas 'Entwarnung' sorgen.

Zum Eigenschutz der Schüler/innen würde ich die Zahl der Termine, die sie während des Praktikums wahrnehmen sollten, deutlich begrenzen. Ich kenne leider genügend Jugendliche, für die ein solches Projekt und der damit verbundene zeitliche Aufwand ein willkommenes Alibi wäre, die Arbeit für die Schule auf ein Minimum zu reduzieren (insbesondere dann, wenn das Projekt von der Schule angeregt bzw. unterstützt wird). Am größten ist diese Gefahr ausgerechnet bei den Schülerinnen und Schülern, die es sich am wenigsten leisten können. In solchen Fällen wäre die Teilnahme an diesem Projekt absolut kontraproduktiv!

Unklar ist für mich der zeitliche Umfang des Projekts: In Ihrem Anschreiben ist von 4-6 Wochen die Rede, das von der SPD-Fraktion zitierte Osnabrücker Paper geht von 6-8 Wochen aus. Die oben geäußerten Gedanken sind mehr oder minder eine spontane 'Bauchreaktion' auf Ihr Schreiben. Wir können gerne auch noch einmal telefonieren und ggf. Gedanken diesbezüglich austauschen.

Herzliche Grüße und ein schönes Wochenende

Bert Schopen

**Am 16.09.2013 08:42, schrieb Petra Seeger:**

Sehr geehrter Herr Schopen,

vielen Dank für Ihre schnelle Reaktion und die sachdienlichen Beiträge.

Ihre Anmerkungen kann ich in vollem Umfang nachvollziehen. Ich habe mich in dem Anschreiben natürlich zunächst einmal inhaltlich an den Antrag orientiert. Natürlich müsste man - vorbehaltlich des noch zu fassenden Beschlusses - nicht das Osnabrücker Modell 1: 1 kopieren und könnte auch Bedingungen speziell für Eschweiler formulieren.

Ich würde Ihre Stellungnahme gerne in der von mir zu fertigenden Verwaltungsvorlage berücksichtigen. Wir gehen gerade bei Gymnasiasten davon aus, dass zu G8-Zeiten nur sehr begrenztes Freizeitvolumen zur Verfügung steht, das die Schüler schnell ausgefüllt haben.

Die grundsätzliche Frage war eher, ob wir ggf. Schülerinnen und Schüler Ihrer Schule mit berücksichtigen sollen als "Interessenten" und wenn ja, unter welchen Bedingungen.

Das von Ihnen vorgeschlagene "Rotationsprinzip" halte ich in der Praxis zwar organisatorisch für anspruchsvoll, aber letztlich würde es natürlich einem einseitig politisch gefärbtem Eindruck entgegen wirken und von daher begrüßenswert.

Sollten Sie also Ihren Schülern die Teilnahme ermöglichen wollen, würde ich mich über eine nochmalige Rückmeldung mit konkreten Bedingungen freuen.

Alles Gute und bis bald  
Mit freundlichen Grüßen  
Petra Seeger

**Am 16.9.2013 antwortete Herr Schopen:**

Sehr geehrte Frau Seeger,

vielen Dank für Ihre schnelle Antwort. Grundsätzlich ist für mich eine Teilnahme von Schülerinnen und Schülern unserer Schule unter folgenden Voraussetzungen denkbar:

Die Schülerinnen und Schüler werden von wechselnden Ratsmitgliedern betreut, damit keine einseitige parteipolitische Einflussnahme erfolgt (dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, die ich leider einfordern muss, auch wenn der organisatorische Aufwand dadurch größer wird).

Der zeitliche Aufwand sollte meiner Meinung nach 2-3 Stunden pro Woche nicht überschreiten (zur Begründung siehe meine erste Mail).

Für das Projekt darf kein Unterricht ausfallen; eine Freistellung erfolgt allenfalls nur im äußersten Notfall durch die Schulleitung!

Unter diesen Bedingungen habe ich - ohne diesbezüglich mit meinem Schulträger Rücksprache genommen zu haben - keine Bedenken gegen eine Teilnahme. Inwieweit sich Interessenten dafür finden, muss man sehen, wenn ein konkretes Angebot formuliert worden ist.

Herzliche Grüße und eine gute Woche

Bert Schopen

### ANLAGE 3

**Am 10.10.2013 meldete das Städt. Gymnasium** namentlich 11 Schülerinnen und Schüler, die Interesse an der Teilnahme des Projektes hätten mit dem Zusatz: „Wir finden das Projekt vom Ansatz her ausgezeichnet und unterstützen selbstverständlich gerne die Stadt bei ihrem Ansatz, Politik den jungen Leuten nahe zu bringen.“

**Am 10.10.2013 antwortete Frau Seeger**, Amt für Schulen, Kultur und Sport:

„Sehr geehrter Herr Borghans,

vielen Dank für Ihre Rückmeldung. Ich habe Ihnen beigefügt den Schriftverkehr mit dem kommissar. Schulleiter der Liebfrauenschule, Herrn Schopen. Seinen Vorbehalten bzw. Gelingensbedingungen schließt sich auch die Realschule an, die sich vom Grundsatz her beteiligen möchte.

Daher bitte ich um Rückmeldung, ob Sie sich auch dieser Argumentation anschließen könnten oder ob Sie den SPD-Antrag vorbehaltlos unterstützen würden. Es ging ja dabei auch um die Änderung des Schulprogramms.

Im Vorfeld bedanke ich mich für Ihre Kooperation.

Mit freundlichen Grüßen  
P. Seeger“

**Am 18.10.2013 schrieb Herr F. Borghans, OS-Koordinator des Städt. Gymnasiums:**

Sehr geehrte Frau Seeger,

vielen Dank für ihre Mitteilung der allgemeinen Bedenken (*Schriftverkehr mit der Bischöfl. Liebfrauenschule*) im Zusammenhang mit dem KidS-Projekt.

Nach Rücksprache mit dem Schulleiter, Herrn Dr. Mersch, kann ich Ihnen mitteilen, dass wir die Bedenken nachvollziehen können, andererseits aber davon ausgegangen sind, dass

- die Zeiten, in denen die Schüler/innen im Projekt unterwegs sind, selbstverständlich außerhalb der Unterrichtszeit liegen. In diesem Sinne sind auch die Schüler/innen informiert worden,
- durch die Organisation sichergestellt wird, dass nicht Parteipolitik in die Schule getragen wird. Auch wenn der Antrag im Rat seitens der SPD gestellt wird, gehen wir davon aus, dass das Projekt von den anderen Fraktionen ebenfalls getragen wird. Parteipolitik in der Schule verbietet sich ja schon durch das Schulgesetz,
- das Projekt nicht sofort in das Schulprogramm übernommen werden muss. Hier sollten Stadtverwaltung, Politik und Schule zunächst einfach Erfahrungen sammeln, nach der Durchführung des Projekts zu einer Auswertung kommen und abwarten, inwiefern sich die Sache bewährt und nachgefragt wird bzw. inwiefern seitens der Ratsmitglieder auch künftig Bereitschaft gegeben ist. Wenn sich das Projekt mittelfristig etabliert, kann über die Übernahme ins Schulprogramm unter Beteiligung der schulischen Mitwirkungsorgane entschieden werden. Im Übrigen ist es so, dass Schüler unserer Schule regelmäßig an verschiedenen Wettbewerben teilnehmen, ohne dass dies im Schulprogramm übernommen und damit zur Pflicht gemacht wird. Zu fragen ist auch, wie viele Schüler/innen daran teilnehmen. Sind dies im Schnitt nur 10, würde es überzogen wirken, dies als Teil eines Schulprogramms zu bezeichnen. In diesem Fall müsste jede längerfristig laufende AG ins Schulprogramm übernommen werden.

In diesem Sinne betrachten wir das Projekt als eine Bereicherung der Bildungsarbeit, sind gespannt, was sich daraus ergibt, und erwarten weitere Schritte.

Mit freundlichen Grüßen  
F. Borghans